

1 **Antrag zur Bundeswehr**

2

3 *Antragssteller: Kommission „Europa, Außen und Sicherheit“*

4

5 **Den neuen Herausforderungen begegnen: Die Bundeswehr für die Zukunft rüsten**

6

7 Wandelnde Anforderungen, neue Konflikte, diffuse politische Begebenheiten und eine starke
8 internationale Integration stellen die Bundeswehr vor enorme Herausforderungen, die diese derzeit
9 nur mit einem Kraftakt, hohen Kosten und kreativen Behelfslösungen bewältigen kann. Dieses geht
10 zu Lasten der Soldaten, die sowohl psychisch als auch physisch die Leidtragenden sind. Deutschland
11 braucht eine ehrliche, umfassende und konsequente Sicherheitspolitik, die den Blick in die Zukunft
12 nicht scheut. Wir als Junge Union Schleswig-Holsteins dürfen nicht zulassen, dass die Soldaten durch
13 politische Fehlentscheidungen zu Schaden kommen oder unnötig lange auf Entschädigung warten.

14

15 **Posttraumatische Belastungsstörung: Keine komplizierten Anerkennungsverfahren zum Wohle**
16 **UNSERER Soldaten**

17 Soldaten, die nach dem Auslandseinsatz traumatisiert nach Hause zurückkehren, werden von Politik
18 totgeschwiegen und von Gesellschaft stigmatisiert („Du hättest ja nicht in den Einsatz gemusst /
19 Soldat werden müssen.“). Die Bundesregierung muss pro-aktiv das Thema angehen und darf dieses
20 nicht „scheibchenweise“ anerkennen: Soldaten, die im Dienst für unser Vaterland ihre psychische
21 Gesundheit verloren haben, dürfen nicht wegen langwierigen Anerkennungsverfahren von ihrem
22 Recht auf ärztliche Betreuung abgehalten werden oder gar um ihr Recht klagen müssen.

23

24 **Mit der Zeit gehen: Auch bewaffnete Drohnen?**

25 In Zeiten asymmetrischer Kriege sind unbemannte Flugzeuge (Drohnen) international als
26 Aufklärungs- und Wirkmittel geachtet und geschätzt. Auch die Bundeswehr greift in
27 Auslandseinsätzen dankbar auf vorhandene Angebote der Bündnispartner zurück: So stehen
28 bewaffnete Drohnen der USA deutschen Bodentruppen als Schutz aus der Luft zur Verfügung,
29 welcher gerne angenommen wird, um unsere Soldaten bestmöglich zu schützen.

30 Die Debatte um Drohnen in Deutschland ist hingegen sehr diffus: Als Aufklärungsmittel erwünscht
31 und auch vorhanden, jedoch in einer bewaffneten Version als Kampfmittel gebilligt, sofern es keine
32 eigenen sind. Diskussionen über die Beschaffung von bewaffneten Drohnen werden jedoch im Keim
33 erstickt und mit zum Teil fadenscheinigen ethisch-moralischen Argumenten (z.B. „Computer-Spieler“)
34 abgeblockt. Hierbei sollte die Sicherheit unserer Soldaten im Vordergrund stehen und nicht als

35 „Lotterie“, ob entsprechende Mittel durch unsere Bündnispartner zur Verfügung gestellt werden,
36 behandelt werden.

37 Die Bedenken, dass Drohnen-Piloten, die aus der Heimat „am Gefecht teilnehmen“, dies abstrakt und
38 als Computerspiel erleben, sind nicht ungerechtfertigt. Es ist sinnvoll, eine besondere psychologische
39 Betreuung dieser Drohnen-Piloten verpflichtend sicherzustellen, um einerseits den
40 „Computerspieler-Allmachtsgefühlen“ präventiv zu begegnen und andererseits auch eine Prävention
41 vor und eine Behandlung von Posttraumatischer Belastungsstörung zu gewährleisten.

42

43 **Nachhaltige, zweckmäßige und zielführende Beschaffungs- und Rüstungspolitik**

44 Neben der Drohnen-Debatte fehlt es in Deutschland zudem an einer ernsthaften, sinnvollen und
45 nachhaltigen Rüstungspolitik: Know-how geht verloren, Rüstungsindustrie wird ohne Grund
46 diskreditiert und Zivilklauseln beschränken die Forschung. Bündnisverpflichtungen wird nicht
47 nachgekommen, eine nachhaltige Beschaffung und Logistik ist nicht erkennbar: Es ist
48 unverantwortlich, dass in Einsatzvorbereitungen während Übungen nicht das Prinzip „train as you
49 fight“ angewandt werden kann, da viele Soldaten teilweise erst im Einsatz das verfügbare Material
50 erhalten und kennenlernen. Erschreckend und beschämend ist es zudem, dass die Einheiten, welche
51 im Rahmen der neuen „NATO-Schnellst-Eingreiftruppe“ bundesweit Material aus mehr als 100
52 anderen Dienststellen „ausleihen“ müssen!

53 Eine Zivilklausel, die aufgrund fehlgeleiteter pazifistischer Einstellungen die Freiheit der Lehre und
54 Forschung einschränkt, lehnt die Junge Union Schleswig-Holstein ab: Abstrus konstruierte „Dual-
55 Use“-Unterstellungen verhindern jede weitere Forschung. Deutschland darf in der
56 Rüstungsforschung und -industrie nicht den Anschluss verlieren!

57 Auch Leasing-Modelle, wie sie erfolgreich am Beispiel der „HERON“-Drohne in Afghanistan praktiziert
58 wurde, dürfen nicht pauschal abgelehnt werden: Temporär notwendige Rüstungsgüter müssen nicht
59 zwingend langwierig beschafft werden, wenn bereits erprobte Systeme von Bündnispartnern
60 kurzfristig geleast oder gar gekauft werden können.

61 Die Erfahrungen mit verschiedenen Rüstungsprojekten, wie z.B. dem nicht über Wasser fliegenden
62 neuen Marinehubschrauber oder dem „Dauerpflegekind“ A400M, darf nicht ohne Konsequenzen
63 bleiben: Zukünftige Vertragsverhandlungen müssen mit technischem Sachverstand auf Augenhöhe
64 konsequent geführt werden; ausgehandelte Verträge müssen ohne Zugeständnisse eingehalten
65 werden.

66

67 **Rolle der Bundeswehr in der Europäischen Union**

68 Im Zuge der immer weiter voranschreitenden Integration in Europa ist die Debatte um „pooling and
69 sharing“ oder sogenannte „Anlehnsstaaten“ nicht aus den Augen zu verlieren: Parallel laufende

70 Rüstungsprojekte in Europa sind ineffizient und ineffektiv. Wir müssen eine ehrliche Debatte im
71 Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU führen, um festzustellen wie
72 realisierbar der Gedanke einer europäischen Armee oder zumindest einer Wiederbelebung der
73 Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist.

74

75 **Struktur der Bundeswehr überdenken: Kein künstlicher Soldatenstatus**

76 Zivilbedienstete der Bundeswehr, die einen Auslandseinsatz absolvieren, werden rudimentär
77 militärisch ausgebildet und im Status eines Soldaten in die Einsätze entsandt mitsamt Dienstgrad.
78 Dieses führt zu Konflikten in Einsätzen und beeinträchtigt das Dienstgefüge. Entsendung von
79 Verwaltungsbeamten und Angestellten des Dienstleistungsservice der Bundeswehr muss in zivil
80 erfolgen, eine wie auch immer geartete Konstruktion des Kombattanten- oder Soldatenstatus ist
81 nicht zweckmäßig.

82

83 Um die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr zu gewährleisten, fordert die Junge Union Schleswig-
84 Holsteins:

- 85 • Vereinfachung von Anerkennungsverfahren für Soldaten, die an Posttraumatischer
86 Belastungsstörung leiden
- 87 • Anschaffung von bewaffneten Drohnen
- 88 • Aufbau einer psychologischen Betreuung der Drohnenpiloten vor, während und nach den
89 Einsätzen
- 90 • nachhaltige und zielorientierte Investitionen in den Wehretat entsprechend internationaler
91 Verpflichtungen und tatsächlichem Bedarf innerhalb der Bundeswehr
- 92 • Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten: das Recht auf freie Forschung MUSS
93 gewahrt werden
- 94 • Beschaffung sowie Logistik von Wehrmaterial muss nachhaltig, zweckmäßig und zeitnah
95 erfolgen
- 96 • Nutzung von Leasing-Modellen oder Kauf von international verfügbaren und erprobten
97 Rüstungsgütern
- 98 • Einführung von Konventionalstrafen bei Rüstungsprojekten
- 99 • Ehrliche Debatte über die Realisierbarkeit einer europäischen Armee, einer Wiederbelebung
100 der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder einem effektiven europäischen „pooling
101 and sharing“
- 102 • Abschaffung der Entsendung von Zivilbediensteten der Bundeswehr in einem Soldatenstatus
103 in die Einsatzländer